



17.04.2012

WV Stahl kritisiert mögliche Verknappung der Emissionsrechte

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl warnt vor einer weiteren Verknappung und damit Verteuerung der CO₂-Emissionsrechte, wie sie auf den morgigen Treffen des EU-Energie- und des Industrierates der Mitgliedstaaten in Brüssel wieder diskutiert wird.

„Es besteht keine Notwendigkeit für einen solchen willkürlichen Eingriff. Die Emissionsgrenzen werden eingehalten. Deutschland hat sein Kyoto-Ziel einer Treibhausgasmindeung um 20 Prozent gegenüber 1990 sogar übererfüllt“, sagt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Düsseldorf. „Der jetzige Zertifikatspreis von unter 10 Euro ist nur eine Folge der Krise. Ab 2013, wenn die dritte Periode des Emissionsrechtehandels beginnt, werden deutlich zu wenige Zertifikate zur Verfügung stehen, und damit wird sich der Preis massiv verteuern“.

Es sei ohnehin ein Irrglaube, dass die Unternehmen durch immer höhere Belastungen zu weiteren Anstrengungen getrieben werden könnten. Stattdessen schränke man ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter ein, entzöge Investitionsmittel und nehme ihnen Planungssicherheit. Ein Zertifikatspreis von künftig 30 Euro bedeute allein für die Stahlindustrie in Deutschland 365 Millionen Euro Mehrkosten im Jahr, weil der Zertifikatspreis von der Energiewirtschaft in die Energiekosten eingepreist werde. Hinzu kämen weitere Mehrkosten von 300 Millionen Euro, die die Stahlindustrie direkt für den Erwerb der Zertifikate aufwenden müsse, die sie für ihre eigene Produktion braucht.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 92.000 Mitarbeiter.

Rückfragen

Beate Brüninghaus

Fon + 49 211 6707-115 oder -116 · beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de